

Schanzen- leben

Juli +
August
83

PREIS
1.50 DM

MONT BLANC

Stadtteil fest: 17. 9. 83

Polizei im Viertel

WOHNRAUM

Sparhaushalt

HJW +
MAN-Frauen

RED AKTIONEN

Im letzten Vierteljahr sind 4 Mitglieder aus der Schanzenleben-Redaktion ausgestiegen, alle aus verschiedenen Gründen, aber letztendlich spielte wohl bei den meisten auch die Unzufriedenheit mit der Arbeit eine Rolle. Wir haben uns in letzter Zeit wieder ziemlich oft in Diskussionen verwickelt über Sinn und Unsinn einer Stadtteilzeitung. Soll das SL:

- informieren
- den Austausch fördern
- Meinung machen
- total auf den Stadtteil konzentriert sein - oder etwa nicht?

Ist das SL eine Zeitung:

- hauptsächlich für die Ini's
- oder sogar für alle?
- oder für wen?
- und wenn warum?

Und wenn für alle, wie erreichen wir denn alle? Was brauchen wir da für Artikel und wie formulieren wir was? Alles in allem ehr fruchtlos und frustvoll denk ich mittlerweile, da wir uns anderer Leute Köpfe zerbrechen.

INTERN

Ich kann nicht die Erwartung anderer erfüllen, solange die nicht kommen und sagen was eine Stadtteilzeitung für sie bedeutet, d.h. konstruktive Kritik üben (z.B. auch in Form eines Artikels in 7 cm Spaltenbreite, möglichst mit Zwischenüberschriften und ohne Tippfehler). Das alles steht natürlich immer noch offen, nur knappen wir jetzt mit 5 statt mit 9 Leuten daran rum. Fünf Menschen sind gerade genug um den praktischen Teil der Zeitungsarbeit zu erledigen, aber viel zu wenig für eine ordentliche Redaktionsarbeit, um eine Zeitung zu machen, wie sie uns immer noch vorschwebt, z.B. mit Schwerpunktthemen und ernsthaft & ordentlich ausgearbeiteten Artikeln.

Ausserdem, und das ist mit am wichtigsten, macht sich einfach Bocklosigkeit breit, wenn wir mit so wenig Leuten am Tisch sitzen und das Thema meistens heißt: Kriegen wir die Zeitung diesen Monat voll, oder nicht?

So ziemlich das gleiche gilt für die Frauenseiten, die seit der letzten Nummer schon nicht mehr regelmäßig gibt. Sie haben sich nicht mal ein halbes Jahr gehalten, obwohl wir auch da Ideen im Kopf haben, aber es ist ziemlich unmöglich mit zwei Frauen mehr zusammenzukriegen als laufende Termine und ab und zu Ankündigungen bzw. Auswertungen von Diskussionsveranstaltungen. So, das Ganze endet mal wieder mit der Aufforderung entweder mit Artikeln, Ideen, Vorschlägen usw. 'rüberzukommen, oder sich für die Gesamtreaktion Mittwochs um 19 Uhr, bzw. für die Frauenseiten schon um 17 Uhr in den Redaktionsräumen einzufinden.

Tanja

P.S. Ich hab mir grad mal die ersten 5 Schanzenleben durchgelesen und festgestellt, daß so ziemlich das Gleiche vor 2 Jahren schon drinstand. Vielleicht tut sich ja mal was ???

Ausserdem suchen wir dringend einen kleinen möglichst billigen (kostenlosen) Raum, da die GAL die Räume in der Belle aufgeben will und wir dann auf der Straße sitzen.

Initiativen des Schanzenviertels haben angefangen, das Herbst-Straßenfest vorzubereiten. Diesmal soll's kein "Konsumfest" sein, sondern hat es drei Schwerpunkte:

- Gegen Krieg und Aufrüstung - Gegen Ausländerfeindlichkeit
- Für Ausbau des Bauspielplatzes. Die Auseinandersetzung mit den Themen kann Bewohner des Viertels ins Gespräch bringen und zur Mitarbeit im Stadtteil und in den Initiativen über die gemeinsame Festvorbereitung hinaus ermuntern.

Die Inis werden Info-Tische, Sach- und kulturelle Beiträge zu den Themen, internationales Essen, Straßencafé, Musik, Tanz, Theater, Filme und ein Kinderprogramm anbieten. Letzteres will das Kinderzentrum mit anderen Kinder-Inis zum Thema Ausländerfeindlichkeit vorbereiten. (Schulen könnten mitmachen.)

Das Haus für Alle wird mit ausländischen Inis über verschärfte Ausländer- und Asylanten-gesetze informieren. Zum Bereich Soziales/ Arbeitsplätze und Rüstung (auch für Kinder) werden die Friedensini SV und zwei Arbeitslosen-Inis Beiträge vorbereiten. Über Zivilschutz will die Mieter-Ini SV aufklären. Die Ini Video, Computer will über den militärischen Aspekt von Verdattung und Verkabelung informieren. Das Literatur-Postamt wird einen Schanzenrubel veranstalten, und die Wandmalgruppe ihre Bauwandbilder einweihen. SPDler von Wimsbüttel-S machen zum Thema Aufrüstung mit. Auch Kirchengemeinden sind angesprochen. Manches ist noch nicht ausdiskutiert bzw. noch in der Planung. So würden wir auch gerne eine Diskussionsrunde oder Kundgebung und einen (z.B. Fackel) Umzug oder eine Demo durchs Viertel machen

17. September Stadtteilfest Schanzenviertel

Stadtteilfest
Herbst '83

als gemeinsame Aktion der Teilnehmer zum Thema.

Unser Fest soll am Samstag, den 17. September ab 15 Uhr in der Bartelsstraße (Altonaer Str. bis Susannenstr.) und auf dem Bauspielplatz stattfinden.

Wer mitmachen will, kann sich an die Inis, die Festvorbereitungsgruppe - Treffen jeweils donnerstags 18.30 Uhr auf dem Baui oder im Kinderzentrum, nächstes 7.7. und alle 2 Wochen, oder mich wenden.

Ulla Knapp (GWA-Stadtteilarbeiterin, nachmittags auf dem Baui)



Seite 2-

HAUS FÜR ALLE

Auf der letzten Sitzung der 'Haus für Alle- INITIATIVE' waren die Initiativen zahlreich erschienen (GAL, Kinderzentrum/Bartelsstr., 8-mm-Film-Gruppe, Literatur-Postamt, Kinderhaus, Schanzenleben-Redaktion, Initiative Volkszählung, Türkischer Verein/ DiDF und ein Vertreter des kurdischen Vereins).

Erstaunlich für alle war, daß die SPD so massiert auftrat, sie kamen mit 6 Vertretern, hinlänglich bekannt aus der Arbeit um die Seifenfabrik (früheres 'Haus für Alle', von den Initiativen gefordert!), die dann jäh endete und die SPD es vorzog ein 'dezentrales Konzept' (nämlich die Margaretenkneipe/Kulturverein) zu installieren.

Offenbar ist der SPD nicht entgangen, daß ihre verfehlte Jugend-Sozialpolitik nicht allein mittels eines "club-artigen Kulturvereins zu korrigieren ist." Angesichts der regen Initiativen-Arbeit, die ungeachtet partei-politischer Interessen weiterhin ihre Idee: EIN HAUS FÜR ALLE IM SCHANZENVIERTEL als wichtig ansehen und dieses auch umsetzen muß die SPD Farbe bekennen.

Auf dem Hintergrund der desolaten Raumsituation und auch der noch schwierigeren finanziellen Situation für alle Initiativen scheint es unumgänglich zu sein - im Sinne eine politischen Gesamtkonzepts, das Deutsche und Ausländer gleichermaßen miteinbezieht - die Forderung zustellen.

~~Seitdem~~
Die SPD-Vertreter-(innen) überzeugten durch Konzeptions-losigkeit, so schlug Traute Müller (SPD)

lediglich mal wieder das sattem bekannte 'dezentrale Konzept' vor, nach dem Motto: "Zeigt erst mal ehrenamtlich, was ihr könnt und dann können wir mal weiter sehen!"

Offenbar ist ihr entgangen, daß die verschiedensten Ini's gerade dieses schon allzu lange tun und angesichts der Situation im Viertel gerade eine kontinuierliche Arbeit im größeren

Rahmen wünschen/brauchen. So legten sie schon im Februar ein Grobkonzept vor, dieses wurde auch der SPD damals vorgelegt, doch zu dem Zeitpunkt sah man sich außerstande etwas dazu zu sagen, da das "so plötzlich kam." Mittlerweile sind etliche Monate in's Land gegangen, die Initiativen waren weiterhin tätig, organisierten ein Fest auf dem Bauspielplatz, arbeiteten weiter an der Raumfrage, informierten sich über parallel laufende Aktivitäten in anderen Stadtteilen, im Herbst steht das große Straßenfest an, welches unter dem Motto:

- Gegen Kriegsvorbereitung und Aufrüstung!
- Für den Erhalt des Bauspielplatzes!
- Gegen Ausländerfeindlichkeit!

laufen soll und WAS TRÄGT die SPD dazu bei?

Zurück-/Hinhalt-Taktik im Frühjahr 83!
Verzögerung und moralische Appelle an die Initiativen im Sommer 83, gespannt darf man darauf sein, was der Herbst uns bringen mag!

Die Angst der SPD: - bloß keine Tatsachen schaffen -

Dazu ein Gespräch mit Hartmut (GAL) aus der Initiative:
EIN HAUS FÜR ALLE

Hartmut, auf dem letzten Treffen war auch die SPD zugegen, wie schätzt Du deren Haltung ein?

- Für mich ist so ein Grundwiderspruch bei der SPD angelegt, denn einerseits sind sie konkreter Teilhaber an den Machtstrukturen hier in HH und bundesweit, andererseits möchte/ müssen sie sich auch mit den 'neuen sozialen Bewegungen und deren Potential' auseinandersetzen.

Abgesehen von der verfehlten Jugend- und Sozialpolitik müssen sie sich - angesichts der März-Wahlen '83 als Oppositions-Partei erneut legitimieren.

Hinzu kommt, daß ihnen offenbar ihr einziges kultur-politisches Standbein hier im Viertel, der Kulturverein/ Margaretenkneipe verloren gegangen ist (s. Artikel: Neuwahlen im Kulturverein).

Vergleicht man den Stand von Februar bis Juni, was hat sich an der Haltung der SPD verändert?
- Nach 4 Monaten ist kein eigenständiger Beitrag der SPD zu erkennen, sie blockieren, indem sie eine verlangsamte Struktur (alle 14-Tage / 4 Wochen) vorschlugen. Außerdem wollen sie weiterhin dezentralisieren, zudem finden (und fanden) sie die Vereinsgründung zu früh!

Erwähnt wurde auf dem Treffen, daß den SPD'lern ja offenbar die Hände gebunden sind!

- Zumindest finanziell, denn der Senatsbeschuß sieht keine neue Begegnungsstätte, außer "WIR" (Initiative in Altona in der Kurt-Schumacherstr. 94) vor.

Wie stellt Ihr Euch die weitere Arbeit vor?

- Wir verfahren nach einem eigenständigen Zeitplan, da wir so schnell wie möglich zu einem 'Haus für ALLE' kommen wollen. Außerdem gründen wir uns auf die Arbeit der Initiativen und die langjährige Arbeit im Kampf um ein 'Haus für ALLE'!

Wir setzen also keineswegs bei NULL an.

Abgesehen von der Öffentlichkeitsarbeit über Eure Zeitung, gab es schon Initiativen-Aktivitäten in Richtung ein 'Haus für Alle. Natürlich suchen wir weiterhin einen Raum / Räume für die Vorlauf-Phase, wo wir u.a. Deutsch-Kurse für Ausländer abhalten würden, oder auch die soziale und rechtliche Beratung anfangen wollen.

Wie stellt Ihr Euch Aktivitäten vor, die eine größere Öffentlichkeit schaffen und noch mehr politisch Druck machen?

Wir arbeiten auch auf das Herbstfest hin, wo ein eigenständiger praktischer Beitrag von uns kommt.

Darüberhinaus wollen wir im Lauf des Sommers ein Fußball-Turnier zusammen mit einem türkischen Verein organisieren, sofern sich genügend Mitstreiter aus dem Viertel finden. (kontakt: Osman T. 85.097.39 oder Hartmut ab Ende Juli T. 43.28.19).

Natürlich überlegen wir uns noch weitere öffentlichkeits-wirksame Aktionen!

Ein bisschen Geschichte

Die Firma Montblanc besteht seit 75 Jahren. Anfangs war es nur ein kleiner Familienbetrieb mit 6/7 Leuten.

Vor dem 2. Weltkrieg wurden die Häuser in der Bartelsstr. gekauft, die dann im Krieg z.T. zerstört wurden. Nach Kriegsende wurden sie zusammen mit den Arbeiter-(innen) selbst wieder aufgebaut.

Seit Mitte der 50er Jahre hat der Betrieb seine jetzige Grösse mit mehreren 100 Beschäftigten, wobei die Produktion ständig gesteigert wurde.

Zur Zeit arbeiten in Werk/Verwaltung hier im Viertel ca. 450 Leute (überwiegend Frauen!), ein Zweigwerk ist in Wilster (mit ca. 80 Leuten).

Der Betrieb hier teilt sich in 3 Gebäudeteile auf:

Schulterblatt: Fertigung, Lager, Verwaltung u. Verkauf.

Schanzenstraße: Fertigung, Techniker, Lohnbüro, Planung, Steuerung u. Labor.

Bartelsstraße: Produktion

Im Frühjahr dieses Jahres ist es zu MASSENENTLASSUNGEN

gekommen, die mind. 150 Leute betreffen. Die Begründung war: mangelnde Liquidität!

Widerstand gegen diese Entlassungen hat es kaum gegeben, die restlichen Mitarbeiter haben Angst um ihre Arbeitsplätze. Die Firma Montblanc war vorher vom Dunhill-Konzern

(u.a. Zigaretten) aufgekauft worden (Anteil über 90%).

Montblanc produziert und vertreibt Schreibgeräte und alles, was dazugehört, so z.B.: Lederetuis, Tinten und Minen.

Geräuschlose Entlassungen bei Montblanc

Massenentlassungen bei Montblanc, so hörten wir von der Stadtteilzeitung "Schanzen-

leben", Anlaß genug hierüber zu berichten. So entschlossen wir uns die

verschiedenen Standpunkte / Interessen darzustellen. Dabei haben wir sowohl Stimmen aus dem Betrieb gehört und uns natürlich mit der Geschäftsleitung unterhalten.



Die gesamte Belegschaft des Montblanc-Werkes im Jahr 1907

Gespräch in der Personalabteilung

Im folgenden Gespräch wird uns Herr Allonge (Personalwesen) aus der Sicht der Geschäftsleitung eine Stellungnahme geben.

10 Uhr morgens, die Arbeit auf dem Gelände in der Bartelsstraße hat schon um 6.45 Uhr begonnen, wir hingegen treffen zu diesem Zeitpunkt auf eifrig durch die Räume eilende 'himmelblaue Kittel', die eilig arbeiten.

Herr Allonge führt uns in die Führungs-Etage ausgestattet mit gediegenem Mobiliar. Ein Hauch von Nostalgie umweht uns, als -zu Beginn unseres Gesprächs- nochmal auf die Familientradition des Hauses hingewiesen wird. Doch die Zeichen der Zeit haben auch hier ihre Spuren hinterlassen, mittlerweile arbeitet auch hier ein 'Management', das die Geschichte bestimmt, wobei es Anfang September 82 noch um ca. 700 Mitarbeiter ging, mittlerweile hat man über den 'Sozialplan' schon die meisten Arbeitsplätze weg-rationalisiert. So daß bis September 83 über die Aktion 'Massenentlassung' der Stamm von 520 Mitarbeitern erreicht sein dürfte (ein minus von ca. 180).

Kurz zu der Geschichte mit dem Sozialplan, dem auch der Betriebsrat weitgehend zustimmt:

Ende 82 strebte man einen Interessenausgleich an, da angesichts der 'erschreckenden Bilanzen', den Aufsichtsratsmitgliedern (1 Herr von der Dresdner Bank, 1 Anteilseigner von Dunhill, 1 Arbeitnehmer

und dem Betriebsratsmitglied Meyer) ein positiver Abschluß/Profit nicht mehr sichtbar erschien.

Zu erwähnen in diesem Zusammenhang wäre noch, daß der Hauptanteilseigner der Fa. Montblanc, der Zigarettenkonzern "Dunhill" ist und ein kleinerer Anteilseigner nur noch mit den verbliebenen 9 von 91% Anteilseigner ist.

Offenbar, so Herr Allonge, "schlug die Weltwirtschaftskrise auch auf dem Schreibgerätemarkt durch", so daß als "Folge nur die Massenentlassungen übrigblieben".

Hinzu kommt sicherlich auch, daß Verschiebungen in diesem Sektor (Bsp.: Pelikan Hannover, die an Metro verkauft wurde) auch zu einer stärkeren Monopolisierung führten.

Angesichts dieser Situation erscheint eine personelle Ausdünnung nur logisch. So trat man an den Betriebsrat heran und versuchte über ein Punktesystem (Alter, Betriebszugehörigkeit, Kinderanzahl usw.), Merkmale zu finden, die eine Entlassung rechtfertigen würden. Ergebnis, betroffen sind in 1. Linie die Mitarbeiter im gewerblichen Bereich, die am wenigsten Verbindlichkeiten haben. Hinzu kam noch, daß etliche Mitarbeiter freiwillig gingen, da sie kurz vor dem Ruhestand standen und meinten so einem jüngeren Kollegen eine Arbeitsplatz überlassen zu können.

Die Gelder für den Sozialplan betragen 1 Million 250.000 tausend Deutsche Mark! So erhalten die einzelnen Kollegen, je nach Punkten unterschiedliche Abfindungen.

Herr Allonge wies daraufhin, daß natürlich die Strukturierung der jetzt noch verbliebenen Arbeitsplätze nötig sei, so werden Arbeitsplätze neu beschrieben bzw. umgestaltet.

Ein Schwerpunkt der Firma ist "das Marketing und der Vertrieb nach Übersee, wobei der Umsatz leicht steigt".

Sollte sich, aufgrund der erneut steigenden Auftragslage, der Zwang ergeben neue Arbeitsplätze zu erschließen, so sollen die 'Entlassenen' Vorrang haben.

Nach dem Gespräch führte uns Herr Allonge durch den Betrieb, der größtenteils durch: Fertigung, Montage, Kontrolle, präzise Feinstarbeit (Schleifen der Schreibfedern), erneute Qualitätskontrollen, d.h. also "handwerkliche Fertigkeiten geprägt ist."

So lassen sich nur in bestimmten Bereichen und Maße Maschinen einsetzen, der größte Teil wird noch per Hand ausgeführt, allerdings stellt sich auch hier die Frage, wie weit nicht eines Tages Maschinen die Tätigkeit der Federnkontrolle, des -schreibens, -zubereitens übernehmen werden.

Im Moment ist der Arbeitsablauf sehr personalintensiv, daß an weitere Personaleinsparungen "nicht zu denken ist". Erfreulich, so Herr Allonge sei auch der Umsatz von ca. 70 Millionen DM.

Übrigens ein heißer Tip für Schreibwütige, der teuerste Füllhalter der Welt, hergestellt von Montblanc kostet lockere

4.250 US/Dollar!

Ausbildung Arbeitssituation

Zur Ausbildungssituation bei Montblanc haben wir nur ein paar Info's, weil wir da eventuell nächstes Mal mehr bringen wollen. Ausgebildet werden bei Montblanc Werkzeugmacher und Industriekaufleute, das heißt genauer zwei bis drei Jungen als Werkzeugmacher und eine Industriekauffrau, diesen Platz gibt es aber auch erst wieder seit drei Jahren, vorher gab's also nur Plätze für männliche Bewerber. Dieses Jahr sieht die Situation etwas anders aus. MB hat den Lehrlingen bis jetzt immer 10% mehr gezahlt, als im Tarif festgelegt ist. Dies Jahr kam nun von der Geschäftsleitung der Vorschlag einen Lehrling mehr einzustellen, wenn alle zukünftigen Lehrlinge auf ihre 10% verzichten und damit die Lehrstelle finanzieren. Schließlich kam dieser Vorschlag auch durch, obwohl sich der Betriebsrat erst querstellte. Klar sieht das auf den ersten Blick auch ganz gut aus, es werden noch jede Menge Ausbildungsplätze gebraucht und in Erinnerung an den Frust bei der eigenen Lehrstellensuche werden das wohl auch einige Lehrlinge in Ordnung finden, bleibt bloß noch die Frage, wie's nächstes Jahr aussieht, denn es ist überhaupt noch nicht klar, wieviel Lehrlinge dann eingestellt werden, das heißt, es kann passieren, daß diese Lehrstelle wieder gestrichen wird, die 10% aber trotzdem futsch sind.

Die Firma MB ist vor allem stolz auf die Qualität ihrer Füller, Kugelschreiber etc., bei denen noch viel von Hand gearbeitet wird. Dabei muß man sich aber klarmachen, was diese Handarbeit bedeutet.

Um eine Feder herzustellen sind mehr als 10 Frauen nötig, die an Hydraulischen Maschinen 8 Stunden am Tag jeweils die gleiche Handbewegung machen. Für eine Feder braucht man erstmal einen Streifen Gold. Der wird dann

1. gewälzt
2. in Form gestanzt
3. vorn an der Spitze wird ein Punkt angeschweißt
4. geprägt
5. gebogen
6. gelocht
7. vorne geschlitzt
8. wird die Feder abgeklebt
9. rhodiniert (beschichtet)
10. wird die Feder in mehreren Arbeitsgängen geschliffen und
11. nochmal kontrolliert

Stimmen

Früher wurden die Federn zum Beispiel auch noch von Hand mit Teerlack lackiert. Das konnten die Frauen jeweils nur 3-4 Stunden machen dann mußte gewechselt werden. Einige Arbeitsgänge sind jetzt bestimmt auch noch nicht viel leichter, da jede einzelne Feder mit einer Lupe kontrolliert bzw. bearbeitet werden muß.

In den Verträgen ist festgelegt, daß bei MB nach Zeitlohn gearbeitet wird, das heißt du mußt 8 Stunden am Tag an deinem Arbeitsplatz sein, wieviel du in der Zeit schaffst wird nicht kontrolliert. Real sieht es aber so aus, daß teilweise wohl die Maschinen das Tempo vorgeben, vor allem aber auch die Arbeiterinnen so gegeneinander ausgespielt werden, daß z.B. nacheinander zweien gesagt wird, die andere schaffe aber 100 mehr am Tag, so das im Endeffekt 200 Federn mehr pro Tag produziert werden. Das ich bis jetzt nur von Frauen geschrieben habe, hat seinen Grund darin, das bei MB eine fast perfekte Arbeitsteilung herrscht: Die Frauen sitzen an den Produktionsmaschinen, die Männer an den Schreibtischen. Ausnahmen sind die Sekretärinnen und die Männer in der Werkzeugmacherei bzw. einige wenige im Lager. Ansonsten findet man Männer dort als Ingenieure, technische Zeichner, Einrichter, Meister, leitende Angestellte und natürlich in den Chefetagen.

Die Frage nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit stellt sich also gar nicht, da dafür schon die Grundlage, die gleiche Arbeit fehlt. Insgesamt sind ca. 2/3 der Betriebsangehörigen ^{Pen} die sich in die Lohngruppen

I	ca. 1200,- brutto	ca. 10%
II	ca. 1500,-	ca. 45%
III	ca. 1700,-	ca. 45%

aufteilen

Aus den vorher beschriebenen Verhältnissen ergeben sich auch die verschärften hierarchischen Strukturen. Die üblichen Annahmen von der Straße muß frau sich auch im Betrieb gefallen lassen - sogar noch eher als auf der Straße, weil es noch 'ne Ecke schwerer ist sich gegen seinen Meister zu wehren als gegen wildfremde Typen - und es ist nicht völlig unüblich, das eine vor allen Kolleginnen vom Abteilungsleiter bzw. Meister angeschrien und runtergeputzt wird.

Daraus ist auch zu erklären, warum viele Frauen, obwohl sie oft sehr lange bei MB arbeiten - 10 bis 50 jährige Jubiläen gibt es relativ häufig - , und dementsprechend die meisten dort verheiratet und so der Doppelbelastung Familie-Beruf ausgesetzt sind, überhaupt kein Interesse an der Forderung des Betriebsrates nach einem Betriebskindergarten zeigten, oder auch warum so viele nicht von ihrem Recht auf Bildungsurlaub Gebrauch machen.

Von den Arbeiterinnen wohnen bzw. haben ziemlich viele im Schanzenviertel gewohnt (-nachzufragen, warum sie weggezogen sind, ob das z.B. an den steigenden Mieten lag, haben wir versäumt -), sonst sind aber kaum Zusammenhänge herzustellen, z.B. ist der Anteil der ausländischen Kollegen bei MB nicht höher als anderswo, während er im Viertel doch relativ höher liegt.



"Boarding-House" am Schulterblatt

Die Ausbildung selbst ist bei MB wohl ziemlich gut. Es steht eine Lehrwerkstatt in der Werkzeugmacherei zur Verfügung und es ist extra ein Ausbilder eingestellt, das heißt es geht in der Lehre wirklich um's lernen und nicht um billige Produktion. Fast alle Lehrlinge werden nach der Lehrzeit auch in den Betrieb übernommen.

Betrieb

Dieser Artikel ist ein Werk der Gesamtredaktion. Eventuelle Wiederholungen in den einzelnen Abschnitten liegen deshalb durch aus im Bereich des Möglichen.

Seite 5



Betriebsrats- arbeit

Der Betriebsrat bei Montblanc besteht aus 9 Leuten, wovon eine ganztagig freigestellt ist. Die meisten Betriebsräte sind in der zuständigen IG Metall organisiert, zur Betriebsratswahl hat es bisher auch immer nur eine IGM-Liste gegeben. Von den Beschäftigten sind nur 8-10% in der IGM organisiert. Große Unterstützung von den Kollegen erhält der Betriebsrat auch nicht, so gab es für die 9 Betriebsratsplätze bei der letzten Wahl nur 12 Kandidaten.

Versuche von Seiten der Geschäftsleitung, den Betriebsrat mundtot zu machen, sind gescheitert. Der Betriebsrat konnte im Gegenteil in der letzten Zeit einige Rechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz, zum Teil über das Arbeitsgericht, durchsetzen. Es ging dabei um personelle Angelegenheiten wie Umsetzungen, Einstellungen etc. Überstunden werden vom Betriebsrat nur noch in Ausnahmefällen genehmigt, wobei dies öfter zu Konflikten mit Kollegen führt, die Überstunden machen wollen (müssen?). 2-3 mal im Jahr findet eine Betriebsversammlung statt und zwar während der Arbeitszeit im "Haus des Sports" oder in einer Messehalle. Zusätzlich gibt es noch Abteilungsversammlungen in kleinerem Rahmen, bei denen auch einige Kollegen es wagen, auf Mißstände hinzuweisen.



Heute Sozialplan morgen Sozialfall?

Beim Arbeitsamt liegt schon die Verordnung über die Anrechnung von Sozialplangeldern vor. Das heißt Kürzungen sind in Sicht, diese werden besonders die Kinderlosen treffen. Für sie werden statt 68% nur noch 55% Arbeitslosengeld herauskommen u. bei Arbeitslosenhilfe statt 58% nur noch 49%!

Fortsetzung Ausländerpolitik

Noch in vielen anderen Punkten läßt sich sofort erkennen, daß alle demokratischen Rechte für Ausländer abgeschafft werden. Unter solchen Einschränkungen und Tegelungen kann keine Rede von einem humanistisch geprägten Leben sein. Die neuen Maßnahmen laufen allen gegenwärtigen Integrationsbemühungen entgegen.

Eine solche Ausländerpolitik fördert das faschistische Gedankengut und ermutigt die NPD-nahen ausländerfeindlichen Initiativen mit ihrer rassistischen Propaganda Maßeneinfluß zu gewinnen.

Die deutschen und ausländischen Arbeiter haben die gleichen Interessen. Die wollen friedlich miteinander und zusammenleben im Geiste der Brüderlichkeit, Solidarität und Zusammenarbeit.

Wir rufen alle demokratischen, fortschrittlichen Menschen zur Solidarität mit den ausländischen Kollegen und zum Protest gegen die neue Ausländerpolitik!

-Schluß mit der Ausländerhetze!
-Weg mit dem Ausländererlaß!
-POLITISCHE UND SOZIALE GLEICHSTELLUNG!
-HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!...

Arbeiterverein Kurdistans
Vereinsstraße 48

Diskussion zur 35-Stunden-Woche Info-Broschüre der GAL-Hamburg

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, die in Hamburg noch weitere Folgen haben wird und nimmt die Forderungen der bürgerlichen Parteien ernst, 'unrationelle Betriebe /Produktionen' zu liquidieren (PDL), so ein Vertreter der FDP am 29.6. 1983, wobei sich der Terror über SPD bis hin zur CDU/CSU nur in Bezug auf die sozialpartnerschaftlichen Praktiken bzw. unternehmerischen Interessen unterscheidet, so stellt sich natürlich für jeden arbeitenden Menschen die Frage, wie denn nun weiter gearbeitet werden soll?

Die Broschüre der Gal thematisiert einige Fragen:
- Tarifrante oder 35-Stunden-Woche?
- 35-Stunden-Woche oder flexible Arbeitszeit?
- 35 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich?

Zudem finden sich auch Diskussionsansätze für den Bereich der Klein- und Mittelbetriebe, da hier auch der größte Teil der deutschen Arbeitnehmer arbeiten und sicherlich die größten Schwierigkeiten bezüglich der Durchsetzung auftreten dürften. Versucht wird auch, einen Bezug zum internationalen Konkurrenzherzustellen. Die Ergebnisse lassen sich als ein Versuch verstehen die anstehenden Probleme anzureißen. Im Laufe der Diskussion wurde deutlich, daß die Meinungen der anwesenden gewerkschaftlich organisierten Kollegen auseinander gehen, so gibt es die Tendenz den DGB beim Wort zu nehmen, da auf dem letzten Bundeskongress beschlossen wurde die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu verwirklichen.

Es gab auch Stimmen, die eine zu starke Fixierung auf die 35-Stunden-Woche für nicht richtig halten, da man auch die Arbeitslosigkeit im Auge behalten müsse. Sie fordern daher einen Rationalisierungsschutz (Ansatz der sozialen Besitzstandswahrung /Eden Württemberg-Diskussion). Natürlich tauchte auch die Frage auf, wie weit der DGB die kämpferischen Kräfte (noch) paralisieren kann. So verschieden auch die Diskussionen laufen mögen, eines sollte für alle Arbeitnehmer/Arbeitslosen /Jobber usw. klar sein, bevor die Auseinandersetzungen erst richtig begonnen haben, propagieren die Unternehmer vollen Widerstand gegen die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Ausdruck hiervon ist der "Tabu-Katalog", sie drohen mit Investitionsstreik und malen das Gespenst des wirtschaftlichen Zusammenbruchs an die Wand. So kann nur eine breite Diskussion in den Betrieben, unter den Betriebsräten, den Vertrauensleutkörpern, in Jugendvertretungen, den Arbeitslosen-Initiativen und in Stadtteilgruppen die Forderungen durchsetzen. ~~XXXXXXXXXXXX~~ 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich die anfallende Arbeit auf mehr Menschen verteilt

Im Rahmen der Forderung für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich kann nur gemeinsam Handeln erfolgreich sein.

Nähere Info' zur Broschüre: Peter Bachofner Eggersallee 10 2 HH 50 und in den Gal-Büros der Stadtteile.

So spart die SPD

- Auswirkungen auf den Sozialbereich !-

Nur mit unpopulären Sparmaßnahmen kann der Hamburger Senat seinen 13,6 Milliarden-Haushalt für 1984 über die Runden bringen, so laut "Hamburger Abendblatt vom 2./3. Juni 1983.

"Im Mittelpunkt ..steht für den SPD-Senat die mittelfristige Haushaltskonsolidierung. Ein gewaltiger und permanent wachsender Schuldenberg auf Basis einer Scherenentwicklung von
- wachsenden Ausgaben und
- sinkenden Einnahmen bringt die SPD auf den sattem bekannten Kurs des 'Stabilitätskonzepts'. (Zit.:Erste Stellungnahme der GAL-Fraktion zum Sparhaushalt 1984)

Die SPD hält, was sie verspricht, so kann man in Hamburgs Gazetten nachlesen, wie das Sparprogramm ablaufen soll:

- Kein Essensgeld mehr für öffentlich Bedienstete.
- Streichung von Straßenbaumaßnahmen /Grünflächen.
- Schließung bestimmter Bücherhallen (Kürzung bei Bühnen).
- Die Hochschullehrer sollen mehr rackern und ackern.
- Verzicht auf Leistungen im Sozialbereich (analog anderen Bundesländern).
- Erhöhung der Grundsteuer um 11,3 %.

juhe

- Getränkesteuer von 10%.
- Spielautomatensteuer.
- Verdoppelung der Hundesteuer.

"Gegenüber dem 83er Haushalt wird der gebremste Sparskurs mgeschaltet auf volle Beschleunigung.



Die SPD hat nach eigenem Bekunden kein eigenes tragfähiges Wirtschaftskonzept für die Zeiten einer anhaltenden Krise des Wirtschafts- und Lebensmodells. Die SPD ist auf Basis ihrer eigenen Konzeptionslosigkeit unfähig für eine gesellschaftliche Initiative gegen Krisenbelastung und konservativer Sparschweinpolitik: DEN ARMEN NEHMEN und

DEN REICHEN GEBEN !

Im Gegenteil sie mischt kräftig mit beim Sparen ohne soziale Perspektive." (Zit: GAL zum Sparhaushalt).



Radler(innen) aufgepaßt?



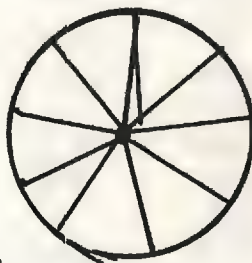
Seit Jahren schon fordern Anwohner des Schanzenviertels eine menschenfreundliche Verkehrspolitik, wozu auch die Schaffung von Fahrradwegen gehört.

Immer mehr Autos (Durchgangsverkehr, Schlachthofbelieferung, abends Besucher der Vergnügungslöke) machen Fußgängern und Fahrradfahrern das Leben schwer. Kein Wunder, wenn viele Radler sich auf Gehwege flüchten.

Endlich sind die Behörden aktiv geworden!

Um den Mißständen endlich ein Ende zu bereiten, haben wir seit einigen Tagen verstärkte Polizeipräsenz im Viertel. Zivile kontrollieren Radfahrer und wollen ihnen das rechte Verkehrsbewußtsein beibringen. Und dies auf sehr nachdrückliche Weise, indem Strafzettel, meist 20,-- verteilt werden, wenn die zivilen Streifen ein Verkehrsdelikt entdeckt haben wollen.

Wir empfinden dies als eine Sauerei und vermuten, daß da "Anderes" hinter steckt, zumal sich die kontrollierten Leute ausweisen sollen und die Kontrollen nicht von Verkehrspolizisten, sondern von der Kriminalpolizei durchgeführt werden. Vielleicht ein Ersatz für die erstmal ausgefallene "Volkszählung"?



*Es geht
Voran!*

*Meldungen über Schikanen bitte an:
Schanzenleben-Stadtteilzeitung
Bellealliancestr. 36 2 HH 19*

Bürger beobachten die Polizei



Bürgerinitiative für eine öffentliche Polizeikontrolle

"Die Polizei ist berechtigterweise ins Gerde gekommen. Immer öfter bekommen Bürger unrechtmäßig Übergriffe der Polizei zu sehen oder sehen sich unvermittelt polizeilichen Maßnahmen ausgesetzt.

Der 'Hamburger Polizeiskandal' hat gezeigt, daß Teile der Polizei mit dem organisierten Verbrechen zusammenarbeiten. Selten zieht Übergriffe von Polizeibeamten für diese strafrechtliche oder disziplinarische Konsequenzen nach sich."

Die Ereignisse in den letzten Jahren und besonders in den vergangenen Monaten, in deren Zusammenhang Polizeibeamte den Todesschuß, (Gauting / München) auch hier in Hamburg einsetzten, verdeutlicht nur eine Seite der staatlichen Repression. "So gewinnt man den Eindruck, daß Polizisten als Straftäter mit weit milderem Maßstäben gemessen werden als ein 'normaler Angeklagter'".

Darüberhinaus nimmt die Kontrolle der Polizei (Video-Überwachung, jugendliche Gewalttäter-Kartei, Homosexualie,

Ausländerkontrollen, Nachverfolgung und die 'sch-so-Bürgernehmen Kontaktbereichsbeamten') Fort an, die als Schritte hin zum polizeilichen Überwachungsstaat zu bewerten sind (wobei die Polizei als einziger Bereich der Personaleinsparungen betroffen ist, sondern eher von einer personellen Ausweitung zu sprechen ist).

Leicht ist man mit dem Argument bei der Hand, es geht den Rechtsstaat vor 'üblen Elementen' zu schützen, wobei diese natürlich in den Bereichen angesiedelt sind, die sich tatkräftig für ihre Interessen einsetzen (Hausbesetzer, Atomkraftgegner, Rüstungsgegner usw.).

Praxis hier in Hamburg ist auch, daß unter der Federführung von Innensenator Pawelzyk 'soziale Probleme' rigide gehandhabt werden. So denke man an die Punks auf dem Spritzenplatz, die Hausbesetzung in Billstedt und natürlich an die Zivilpolizisten, die auch hier seit geraumer im Schanzenviertel aktiv sind und besonders bemüht sind, die Fahrradfahrer einzufangen, die eventuell mal den Gehweg benutzen, die freiländig radeln oder auch mal die

Einbahnstraße entgegengesetzt nutzen (seit neuestem betätigen sich die 'Käseher' in der Zusammenstraße / Sternschanze).

Vordergründig werden die Menschen auch hier im Viertel eingeschüchtert, obwohl sie letztendlich nur Ausdruck / Folge einer verfehlten Jugend-, Sozial-, Verkehrspolitik sind.

Die "Initiative zur öffentlichen Polizeikontrolle: Bürger kontrollieren die Polizei", will den von Polizeiübergriffen betroffenen Bürgern helfen, ihre Rechte durchzusetzen:

- Die Initiative stellt sich folgende Aufgaben:
- sie möchte Anlaufstelle für Betroffene sein.
- in Zusammenarbeit mit Anwälten juristische Beratung geben.
- Fälle, die bekannt werden sammeln.
- Gegenöffentlichkeit zu bedrohlichen Entwicklungstendenzen schaffen.
- eine politische Gegenwehr in Zusammenarbeit mit anderen Ini's (BRD und Westberlin) herstellen.

Kontaktadresse: Lutz
Bartelstr. 28
c/o Bürgerinitiative
EUV
Tel. 43.21.71
(nachmittags)



CONLE's

Hamburgs alte Stadtteile, also auch das Schanzenviertel, werden von einem neuen Altbauhaai entdeckt. Herr Henning Conle, auch als Gebrüder Conle bekannt, kauft mit wahrer Wonne alte, teilweise leerstehende, vorwiegend zentral gelegene Häuser in Altstadt- und Sanierungsgebieten. Seit 1981 sind das schon wiet über 1000 dieser Altbauwohnungen. Wer nun glaubt, Herr Conle kaufe diese reperaturbedürftigen Häuser, um sie bewohnbar zu machen, begeht in seinem Glauben an das Gute einen schweren Fehler:

1. Reparaturen werden kaum und wenn dann nur auf Druck ausgeführt-mittels Mängel-listen und daraus resultie-renden Begehungen der Wohnun-gen/Häuser durch das Amt für Wohnungspflege konnte die Mieterinitiative St.Pauli-Nord in der Wohlwillstraße u.a. eine fällige Dachrepara-tur durchsetzen.
2. Trotz des schlechten Zu-standes der Wohnungen kommt Herr Conle den Mietern sofort mit unverschämten Mieter-höhungsverlangen - qm-Preise bis zu DM 14,-- wie in St. Georg sind keine Seltenheit.
3. Herr Conle baut auf die Unwissenheit und Unsicher-heit vieler Mieter und ver-sucht, durch teilweise men-schenfeindliches Vorgehen seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Nebenstehend haben wir zur Veranschauung drei Erlebnis-berichte abgedruckt. Geschädigte oder Interessierte können sich an "Mieter helfen Mieter" in der Bartelsstr. 30, 2 HH 6, wenden. Dort ist eine Arbeitsgruppe "Mieter gegen Conle" eingerichtet worden.

GANGSTER

METHODEN



MEINE ERFAHRUNGEN MIT EINER CONLE-WOHNUNG !

Es fing alles damit an, daß ich seit einem Jahr eine Wohnung suchte.

Vom Wohnungsamt konnte mir trotz des § 5 - Scheines keine vernünftige Wohnung vermittelt werden. Somit blieb mir nichts anderes übrig, als diese Wohnung am Högerdamm 26a zu nehmen.

Bevor ich die Wohnung bekam, mußte ich noch DM 1.000,-- Maklergebühren und DM 1.700,-- Kautioh hinterlassen.

Auf was ich hereingefallen war, wurde mir erst bewußt, als ich die Wohnung genauer betrachtete. Der Hinterhof war die reinste Müllkippe und das Treppenhaus ist bis heute in einem unwürdigen Zustand, da nach einem Dachstuhlbrand nichts gemacht wurde.

Als ich in die Wohnung einzog, ging die Tortur erst richtig los, denn ich bekam erst nach drei Wochen Strom. Nach einem halben Jahr bekam ich esrt Schlüssel für den Dachboden.

Der Fußboden war an mehreren Stellen morsch und man konnte durchtreten. Das sogenannte Badezimmer bestand aus Pappwänden, die völlig aufgeweicht und brüchig waren. Die Türrahmen waren sehr stark beschädigt und das Fenster im Hinterzimmer sorgt immer für Frischluft. Im vorderen Zimmer hört man den lieben Straßenlärm einer Hauptstraße. Stromkabel wurden so schlecht verlegt, daß sie überall sichtbar auffallen.

Durch das Streichen einiger Wände (Renovierung!) wurden sämtliche Fensterbänke und Heizungen versaut. Die zwei Herdplatten sind an den Seiten rostig und der Kühlschrank gibt sehr laute Geräusche vo sich. Der Boden knackt an allen Enden. Fußboden und Wände sind so uneben, daß teilweise über 10cm Unterschied besteht, da das Haus schon gut 100 Jahre alt und durch den Krieg abgesackt ist.

Ein Backofen und Briefkasten waren nicht vorhanden. Die Klingelanlage ist fast jeden Monat defekt und die Heizungen fallen aus.

Noch zu erwähnen ist, daß sich die Küche im Flur befindet. Doch der Hammer an dieser Wohnung ist, daß ich für 32 qm DM 445,-- Kaltmiete zahlen muß.

DAS BEDEUTET FAST DM 14,-- PRO QM.

Nach Anfragen wegen Mietkürzung erhielt ich zur Antwort, daß dieser Betrag noch nicht einmal kostendeckend sei und daß eigentlich eine Mieterhöhung angemessen wäre.

Auch noch zu erwähnen ist, daß von 20 Wohnungen höchstens 10 bewohnt sind und viele dieser Mieter auf der Suche nach einer anderen Wohnung sind.

Es kommt auch vor, daß sehr zweifelhafte Leute für ein paar Tage eine Wohnung beziehen und andere Wohnungen aufgebrochen werden.

Das ist im Moment alles, was mir über "mein" EHRENWERTES HAUS einfällt, da ich erst seit Dezember 1982 darin wohne.

Seite - 8 -

Axe¹

WOHLWILLSTRASSE 12 - 18

ERFAHRUNGSBERICHT DER MIETERINITIATIVE ST. PAULI-NORD

Im Oktober 1982 hat die Conle-Grundst"cksverwaltung die Häuser Wohlwillstraße 12-18 gekauft.

Noch bevor sich Henning Conle mit den Mietern in Verbindung setzt, erfährt die Mieterinitiative vom Verkauf der Häuser und läd zu einer Mieterversammlung ein. 35 von 56 Mietparteien nehmen an dieser Versammlung teil.

Die Mieterinitiative informiert, zusammen mit einem Anwalt von Mieter helfen Mieter, die Mieter über ihre Rechte (keine neuen Mietverträge unterschreiben, Mieterhöhungen nicht zustimmen, Wohnungsbesichtigung nur nach Voranmeldung zulassen).

Da allgemein über den schlechten Zustand der Wohnungen geklagt wird (der vorige Besitzer hat trotz mehrmaliger Bitten der Bewohner kaum Instandsetzungen machen lassen), werden Mängellisten erstellt und diese in einem Sammelbrief an Henning Conle nach Duisburg geschickt. Unter Fristsetzung bis Dezember wird er zur Beseitigung der Mängel aufgefordert. Der Sammelbrief zu diesem frühen Zeitpunkt soll der Fa. Conle deutlich zeigen, daß diese Mieter nicht alles mit sich machen lassen, sondern ihre Rechte kennen und auf diesen bestehen.

Die Frist zur Mängelbeseitigung verstreicht ohne Reaktion von der Fa. Conle.

Daraufhin findet eine 2. Mieterversammlung statt, auf der sich geeinigt wird Mittel der Mietminderung zu greifen und das Amt für Wohnungspflege über die Mängel zu informieren. 20 Mietparteien mindern inzwischen die Miete, 19 Mietparteien unterschreiben den Brief an 'ie Wohnungspflege. Einigen Miet-minderungen wird von der Fa. Conle widersprochen. Zur Begründung wird angegeben:

es sei eine von dritter Seite initiierte Massenmängelmeldung auf hektographierten Bögen, welche wahllos angekreuzt wären. Es läge somit keine Berechtigung zur Mietminderung vor.

Die Bewohner werden daraufhin von Rechtsanwaltsseite informiert, daß ihre Mängelanzeigen sowie die Mietminderungen völlig korrekt sind.

Ende Januar veranlaßt das Amt für Wohnungspflege aufgrund der Mängelanzeigen eine Besichtigung der Wohnungen, zu der Mitarbeiter der Fa. Conle-Duisburg, Conle-Hamburg sowie Behördenvertreter eingeladen sind. Das Ungewöhnliche an der Besichtigung ist das rege Interesse der Behörde und deren Teilnahme an der Begehung.

Wegen des schlechten Zustandes der Häuser fordert die Wohnungspflege die Fa. Conle - nach Besichtigung von 6 Wohnungen, einiger Dachböden sowie Treppen-häuser - zur allgemeinen Mängelbeseitigung bis spätestens 30.06.1983 auf.

- Das heißt:
- Fenster reparieren,
 - elektrische Anlagen überholen (sofortige Auflage),
 - Putzschäden beseitigen,
 - Treppenhäuser in Ordnung bringen,
 - Dachhaut abdichten und Böden entrumpeln.

Gleichzeitig wurde der Fa. Conle die Möglichkeit einer 3-monatigen Fristverlängerung eingeräumt. Beim Besichtigungstermin zeigten sich die Conle-Mitarbeiter überaus mieter- und ausländerfeindlich. Zur Ze t versucht die Fa. Conle mit Massen-Mahnungs-Schreiben wegen angeblicher Mietrückstände die Bewohner zu verunsichern.

Wir sehen im Fall Wohlwillstraße 12-18 den bisherigen Verlauf als relativ positiv an. Hier konnte Herr Conle mit seinen bekannten Maßnahmen und Ein-schüchterungen wegen des entschlossenen Verhaltens der Mieter nicht Fuß fassen.



Wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt

Seit 1970 befindet sich in der Margarethenstr. 46 die Druckerei Meixner, allen Initiativen hinlänglich bekannt, als Produzent von Flugblättern, Plakaten und Broschüren. Im vergangenen Jahr trat man nun im Rahmen des behördlichen Planungsverfahrens mit der Broschüre: "Information für die Gewerbetreibenden" an den Hausbesitzer Herrn Harms und den Druckereibesitzer Herrn Meixner heran. Mittels der Broschüre versuchte man ersteinmal den Anwohnern das Sanierungskonzept schmackhaft zu machen. Denn vorgesehen war u.a. die "Entkernung der Hinterhöfe" zwischen Margarethenstr./Amenandastr., was bedeutet, daß "billiger Wohnraum" abgerissen worden w.r. Zudem wären auch der Hinterhof von 46 A ein Opfer der Abrisspolitik geworden, was Konsequenzen für die Druckwerkstatt Meixner gehabt hätte, die auf dem Hinterhof Räume hat.

Hiergegen wenden sich der Hausbesitzer und die Druckerei Meixner. Warum? Dieses machte uns Herr Meixner in einem Gespräch deutlich.

Für ihn rückt die behördlich gewünschte Umlegung des Betriebes erhebliche Konsequenzen, wobei die in Aussicht gestellte "Umzugsfinanzierung" keineswegs den Aufwand rechtfertigt, denn auf dem Gewerbehof (Altonastr./Ecke Bartelsstr.) wäre es nach Meinung von Herrn Meixner im Hinblick auf die Stadteilerarbeit ungünstig, da durch die Geschlossenheit des Hofes der Bezug zur Bevölkerung / Initiativen erheblich eingeschränkt wird. So können sich die Leute "nicht mal schnell abends nach der Arbeit Plakate o.ä. abholen", oder die Mitarbeit von Familienmitgliedern, die zur Zeit über die im Haus befindliche Wohnung möglich ist, wäre auch beschnitten. Nach einem Gang durch die Werkstätten der Druckerei wird einem klar, daß die Umlegung

einer Druckerei auch mit erheblichen baulichen Veränderungen (tragende Decken etc.) aufgrund der schweren Maschinen verbunden wäre. Natürlich mag manchen Gewerbetreibenden die vorerst billige Miete locken, doch was passiert nach Ablauf der Mietpreisbindung, dann dürften die Mieten explosionsartig anschnellen und den einzelnen Kleinwerbetreibenden vollends zum Verhängnis werden.

Auf diesem Hintergrund ist es nur allzu verständlich, daß sowohl der Hausbesitzer als auch die Firma Meixner diesem Ansinnen nicht nachkommen und eine Umlegung auch abgelehnt wird.

Nach Rücksprache mit der Sanierungsbeauftragten M. Sauer wurde uns mitgeteilt, daß im Koordinationsausschuß (KO) unlangst beschlossen wurde, daß das Wohnhaus 46 A stehen bleiben soll, die Druckerei jedoch abgerissen werden sollte.

Entgegen diesem ursprünglichen soll jedoch nun, nachdem auch der Grundeigentümer des Grundstückes von 46/ 46A nochmal seine Einwände vorgetragen hat, die Druckerei nicht abgerissen werden, da die Gründe (Umlegung der Druckerei zu kompliziert und allzu kostenaufwendig etc.) offenbar auch den Behördenvertretern einleuchten. Allerdings ließ der Hausbesitzer wissen, daß eine "Instandsetzung" der hinteren Wohnungen des Hauses Margarethenstr. 46 A notwendig erscheint und die erforderlichen Maßnahmen offenbar den Rahmen des Hausbesitzers sprengen.

Die vom Haus- und Grundeigentümer vorgetragene Argumente werden auf der nächsten KO-Sitzung erneut vorgestellt und in die Planung mit eingehen.

Die Beratungen zu STK II finden am 13. Juli um 17.15 Uhr im großen Sitzungssaal des Bezirksamtes am Grindelberg statt (Saal 1275, da wo auch die Bezirksversammlung tagt!). Weitere Auskünfte erteilt außerdem Marienne Sauer (Sanierungsbeauftragte T. 411.27.88) oder die Arbeitsgruppe Sanierung der GAL (T. Büllersalliancestr. 16 / 439.25.55) und natürlich die Mieterinitiativen (s. Initiativliste).

Bleiwäsche Bleiwäsche

Bleiwäsche

Bleiwäsche

SIKS

SIKS

SIKS

SIKS

Geheimwort für "Sanierung in kleinen Schritten"

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung in der Christuskirche erfolgte die erste öffentliche Veranstaltung zum Bereich Fruchthalles/ Bellealliancetr.

Nachdem den Bewohnern die möglichen Modelle der Behörde erst Anfang Juni zugesandt worden waren, sah man sich jetzt offenbar genötigt die Betroffenen einzubeziehen. Spät, aber immerhin dennoch!

Vielfach wurde die starke Lärmbelästigung durch Verkehr und Gewerbe beklagt, darüberhinaus forderten viele Bewohner mehr Grün auf Straßen und Höfen, da man sich offenbar nicht mehr den Auto-Blechlawinen hingeben will, sind auch Forderungen nach einer Verringerung des Autoverkehrs deutlich geworden.

Eine ähnliche Entwicklung wie in St. Georg, wo durch Sanierung Wohnraum vernichtet wurde, möchte man hier im Schanzenviertel stoppen.

Das heißt ganz konkret, daß der Vorschlag 1 (sog. Leitbild 1), der eine Vernichtung von Wohnraum miteinander überhaupt nicht diskutabel ist, zumal das eine Vernichtung von annähernd 110 Wohnungen nach sich ziehen würde.

Ob sich die anderen beiden Vorschläge, die keine Wohnraumvernichtung vorsehen und den Menschen in Schanzenviertel mehr GRÜN zu billigen durchsetzen, wird sich zeigen.

Denn sicherlich ist nicht die Frage, der Erneuerung von Stadtgebieten umstritten, somit auch Teilen des veralteten Schanzenviertels sondern die Art ihrer Durchführung, ihre Auswirkung auf die Mieten und die Art der Finanzierung (in Sinne des Privat- und Grundbesitzes)

Im folgenden möchte wir einige Auszüge aus dem letzten GALIER / Mitte/ für Juli/August '83 dokumentieren, die sich eingehend mit der Sanierung in St. Georg auseinandersetzen, wobei Parallelen auch für das Schanzenviertel zu ziehen sind.

Folgen für die Mieter

Abgesehen von den Widrigkeiten, die sich aus den Umbauarbeiten ergeben (Lärm, Dreck usw.) erscheint noch gewichtiger die Frage der Mietsteigerungen zu sein, die sich aus den Modernisierungen ergeben.

"Bei öffentlich geförderten Modernisierungen in Sanierungsgebieten darf die Anfangsmiete nach der Modernisierung die Obergrenze von DM 1.- pro qm nicht überschreiten.

Aber schon diese Mieteliegt zur Zeit bei 6,30 DM pro qm - stellt für viele Mieter eine erhebliche Belastung dar.

Ob diese Mietsteigerungen auf Dauer überhaupt von der Mehrzahl der Bewohner getragen werden kann oder langfristig zu ihrer Vertreibung führen wird, kann mit Sicherheit erst nach 10 bis 15 Jahren beurteilt werden. Nämlich spätestens dann, wenn auch die Mieten für die öffentlich geförderten Modernisierungen an die Vergleichsmiete angepaßt werden daff."

Abgesehen von dieser Mietkostenexplosion, die den Einen oder Anderen in einigen Jahren erreichen dürfte, ist jetzt schon auf dem Hintergrund der Erfahrungen in St. Georg festzustellen, daß die Umstrukturierungen der Bevölkerung auch nicht unerheblich sind. "Von den 63 modernisierungsbetroffenen Mietern (in St. Georg, d.Red.) sind danach

17% während der Arbeiten in der Wohnung geblieben, 22% zwischenzeitlich anders untergebracht worden, 41% fest in eine andere Wohnung in St. Georg umgezogen und 19% ganz aus St. Georg wegge-

Es sind also insgesamt 61%, die aufgrund oder zumindest aus Anlaß der Modernisierung ihre alte Wohnung verlassen haben."

Bezieht man die Erfahrungen von St. Georg auf das Schanzenviertel, so lassen sich deutlich 2 Problempunkte benennen, die auch hier im Viertel Gültigkeit haben dürften: -Vertreibung der alten

Mieter aus dem Viertel und in deren Gefolge eine Umschichtung (Tendenz Pösdorf?) der Bevölkerung.

-unerträgliche Kosten für Mieten (Vergleichsmieten), die mit der obg. Entwicklung unmittelbar zusammenhängen.

Demgegenüber wäre es natürlich wünschenswert, wenn man langfristig

"Wohnungen als kommunales- oder genossenschaftliches Eigentum" erwirken könnte. Darüberhinaus zu einer "allgemeinen Mietpreisbindung" kommen könnte und eine "Beaufsichtigung der Wohnungen durch einen Wohnungstuv" stattfände.

Weitere Lektüre dazu: Galier/ HH-Mitte Juli-August 1983; Bundesbau- und Städtebauförderungsprogramm; Modernisierungs- und Miethängesetz; Zeitschrift: Autonomie, Die 2. Zerstörung Deutschlands.

Pauline

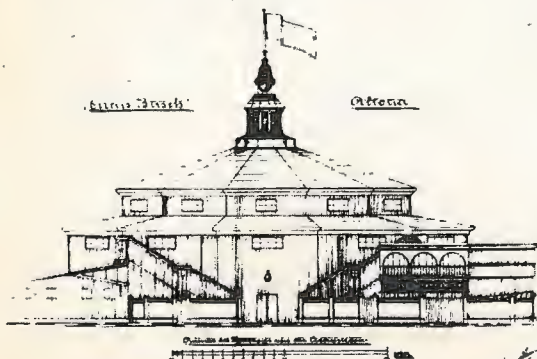
Seite -9-

"Der Wohnungsbau gibt immer ein Mißs. Ich baue nur noch, weil es mein Job ist. (H.H.)"

H.F. Bruhn Hmb. Großhausbesitzer



Schon als neuhamburger Jungstudent wunderte ich mich, was wohl der Zusatz "Flora" bei den Anzeigen von 1000 Töpfe zu bedeuten hätte. Ob das da wohl auch Blumen gibt? Als ich dann das erste Mal dieses häßlich gestrichene, heruntergekommene Bauwerk am Schutterblatt sah, ahnte ich, daß die "Flora" auch schon besseres gesehen haben müßte als E-Herde und Wandfarben. Ein weiteres Denkmal - oder besser Ruine - vergangener kultureller Arbeit in diesem Stadtteil versteckt an der Lerchenstraße, gemeint ist der Wellblech-verkleidete Rundbau mit drangesetztem ehemals pompösen Eingang, ein architektonisches Unikum in dieser Gegend, die Schiller-Oper in Altona.



1890: Entwurf für den Wellblechcircus an der Lerchenstraße
Rechts unten im Bild das Reservoir für die Wasserpantomimen

Unter diesem Titel ist jetzt ein Taschenbuch von Horst Königstein im renomierten Suhrkamp-Verlag erschienen, basierend auf einer Sendung des NDR vor einiger Zeit.

Gefragt haben sich sicherlich schon viele Bewohner dieses Viertels, was es mit diesem Bauwerk auf sich hat, das nach dem Krieg entweder leerstand oder als Notunterkunft für 150 Gasterbeiter zweckentfremdet wurde.

Erbaut wurde die Schiller-Oper vor etwa 100 Jahren, Altona sollte einen stationären Zirkus bekommen, Altona, damals noch selbständig und in Konkurrenz zu Hamburg. Dann, 1905, das Zirkusgeschäft lief nicht mehr so richtig, erteilten die Altonaer Behörden die Genehmigung zum Umbau in ein Theater, ein kleiner Dorn ins Fleisch der etablierten Hamburger Theater. In den goldenen zwanziger Jahren erfolgte dann die Umwandlung in die jetzige Form, die Schiller-Oper.

schon vom Namen her ein merkwürdiger Zwitter. Und genau so vielschichtig gestaltete sich auch das Programm dieses Privattheaters im Arbeiterviertel: Klassik, Boulevard-Theater a la St. Pauli-Theater, Opern, Operetten, Nachtaufführungen von Stücken kommunistischer Autoren. Mit zunehmendem Einfluß der Nazis wurde es immer schwieriger, die Balance zur Nazi-"Kultur" zu halten, denn Der Spielbetrieb sollte unbedingt aufrecht erhalten werden. Bei Kriegsbeginn mußte die Kassiererin jedoch entgeltig entlassen werden, die Aufführungen hatten ein Ende.

Horst Königstein schildert die Geschichte dieses facettenreichen Theaters lebendig und einfühlsam. Etliche Ehemalige, alle so um die 80 Jahre, interviewte er. Sie meldeten sich auf seine Zeitungsanzeigen. Alte Erinnerungen wurden geweckt: "Was, die lebt auch noch? Ja, damals..." Bei Kaffee und Kuchen legten stundenlange Gespräche längst verschüttet geglaubtes bloß.

Die Aufarbeitung der Geschichte von unten, die Wiederentdeckung der eigenen Stadtteilhistorie ist in Mode gekommen. Ausnahmsweise eine gute Mode, meine ich. Die "Schiller-Oper in Altona" ergänzt bereits erschienenenes, z.B. Das Buch "Der Schulterblatt" und auch die hervorragende Ausstellung zur Geschichte Ottensens im Altonaer Museum. Und eines sollte nicht vergessen werden, zahlreiche Wurzeln von heute Bestehendem wurden z.T. schon vor Jahrzehnten angelegt. Das zeigt auch dieses Buch mit hintergründiger Deutlichkeit. Vom Lesen sollte mensch sich deshalb nicht von dem etwas intellektualisierenden Untertitel "Eine Archäologie der Unterhaltung" abschrecken lassen.

Horst Königstein, Die
Schiller-Oper in Altona,
Suhrkamp, DM 12,-
Das Buch gibt's - natürlich -
in der DRUCKEREI-Buchhandlung.
Detlef

Gruß aus dem Schiller-Theater



LETZTE WOCHE! LETZTE WOCHE!

Heute, Dienstag, den 12. April 1892, Abends 7½ Uhr:
Non plus ultra dieser Saison!
Gr. Extra-Gala-Vorstellung
Benefiz für Fr. CONST. BUSCH
(Directrice).



RASSO

in dieser Hauer im August!
Das Jodel Stille ist ein
ausserordentlich Gutes
in 18 Hauer mit 100 Hauer
Hauer. Hauer. Das Jodel
Stille ist ein Gutes
Gutes für 18 Hauer mit 100 Hauer
Hauer. Hauer. Hauer.
Das Jodel Stille ist ein
gutes Pferd.
700 Pfund schwer, mit dem
kleinen Finger.

Brillant-
feuerwerks!
Das Grossartigste, was
bisher in einem
geschlossenen Raum
gesehen wurde!
Zum Schluss
der Vorstellung:

Wasser-Pantomime
LUDWIG XIV. u. seine Abenteuer

[illegible]

Doch nicht nur Anregungen
für

- Kühlen ohne Strom
- Gesundheitsbereich
(Pflanzenheilkunde)
- Bio-Gärten (Kompost-Klo)
- Hüttenbau

finden sich dort, auch Gedanken für eine alternative Verkehrspolitik (favorisieren des Fahrrads als Individualverkehrsmittel und Bus/Bahn als Kollektivverkehrsmittel).

Annähernd 100 Initiativen/
Einzelpersonen arbeiteten
seit '81 an diesem Handbuch.
Herausgekommen sind witzige,
lehrreiche und interessante
Beispiele /Ansätze für ein
Selbsttun.

Schenkt man den einleitenden Worten der Verfasser Glauben, so könnte der Eindruck entstehen, daß mittels einer 'sanften Technik oder - Gesellschaft, gepaart mit dem Willen / Mut zur Veränderung' den katastrophalen Mißständen abgeholfen sei, so läuft man Gefahr der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung wenig entgegen zu setzen (subversive Regenwürmer ?!).

Dieses ist auch ein Mangel
des ansonst lehrreichen
Handbuchs für Alltagsökologie,
allerdings muß ein prakti-
scher Leitfaden wie dieser
auch nicht ALLES beantworten
können.

pauline

- Ein Handbuch der Alltags-
ökologie für Selbstver-
sorger -

"Ein Kilo Regenwürmer verarbeiten pro Tag ein halbes Kilo Bio-Masse."
So fressen sich die Würmer durch den Zivilisationsmüll, sei es nun der Garten- oder Ackerwurm, der Mistwurm und der Tennessee Whigler, getreu nach dem Motto:
Je fauler, desto besser !

energisch
leben



NEIN ZUR NEUEN AUSLÄNDERPOLITIK

Wir, ausländische Mitbürger, leben seit 20 Jahren in der BRD. Die deutschen Unternehmer haben uns hierher geholt, um uns als Arbeitskräfte einzusetzen, weil es Mangel an Arbeitskräften gab. Anfang der 60er Jahre kamen 2/3 der hier beschäftigten Ausländer aus Italien, Spanien und Griechenland. Danach kamen zunehmend Arbeiter aus der Türkei, aus Portugal und Jugoslawien. Anfang der 70er Jahre kamen noch Arbeiter aus Marokko und Tunesien dazu. Wir haben in erheblichem Ausmaß zum Wachstum der Wirtschaft der Bundesrepublik beigetragen, jahrelang den Unternehmen gedient und waren eine günstige Teseerbarmee, wobei man von uns viel profitiert hat.

Heute sollen wir als Sündenböcke dienen und werden für die Fehler eines Wirtschaftssystems und Auswirkungen von politischen Entscheidungen der Regierungen verantwortlich gemacht. Die Ursachen einer solchen Krise sind nicht in denjenigen zu suchen, die selbst davon betroffen sind und auch immer erst darunter zu leiden haben.

Die heutige alltägliche Situation der ausländischen Mitbürger und deren Folgen lassen klar erkennen, daß wir die Menschen der 2. sogar 3. Klasse geworden sind. Die Menschen- und elementare Grundrechte, wie der Schutz von Ehe und Familie, gelten für Ausländer nicht in diesem Land. Die Familien werden auseinander gerissen. Man zwingt die Arbeitslosen und jungen Ausländer zurückzukehren. Eine Summe von 10.000 DM will man dem ausländischen Arbeiter schenken als Prämie für "Förderung zur Rückkehr". Wir werden wie Export-Import-Ware behandelt.

Die Ausländerpolitik, die nämlich uns gegenüber geführt wird, verhindert vor allem die Integration und fördert die Trennung und die Ghattobildung, z.B. die Wohnungspolitik. Die Lage der ausländischen Mitbürger verschlechtert sich heutzutage. Die von der Bund-Länder Kommission gemachten Vorschläge sind ein deutliches Beispiel für die Verschärfung des Ausländerrechts.

Nach Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) soll noch im Herbst dieses Jahres eine Gesetzesnovelle zum Ausländergesetz ausgearbeitet werden. Dieser Entwurf wird sich auf die Vorschläge dieser Kommission stützen.

Als Absicht der Bund-Länder Kommission ist offen die politische Entrechtung, soziale Benachteiligung und Diskriminierung, eine Politik der systematischen Familienentrennung und Ausländervertreibung zu erkennen.

Zusammengefaßt soll die neue Ausländerpolitik nach dieser staatlichen Kommission in folgenden Punkten besonders verschärft werden;

- Die Einreisebestimmungen- und Kontrollen für die Ausländer aus Nicht-EG-Staaten werden verschärft
- Weitere Einschränkungen für die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen sind gesetzlich vorgesehen. Jeder Ausländer muß den Paß mit sich führen.
- Aufenthaltserlaubnispflicht für Kinder unter 16 Jahre
- Jede politische Betätigung von Ausländern soll unter dem Vorwand "Extremismus" verboten werden.
- Als Ausweisungsgrund gilt auch Inanspruchnahme von Sozialhilfe bzw. Arbeitslosenhilfe.
- Der Nachzug von ausländischen Kinder, Ehepartnern und Eltern soll begrenzt und weiter eingeschränkt werden. Die Familienzusammenführung wird dadurch unmöglich gemacht.

Fortsetzung auf Seite 6

vereinigt euch!

Neues aus dem Kulturverein/
Margarethenstr. 36



Anfang Juni fanden neue Vorstandswahlen statt und siehe da, es ergaben sich tatsächlich personelle Veränderungen.

Die Künstler-Gang (das Lieblings-Kind der SPD-Kulturbehörde /SAGA- Abtlg. 'Kunst am Bau') wurde gestürzt.

Nach dem schon seit langem Kritik an der 'In-sider-Politik' der obgen. Gruppe geführt worden war (sie würden zu sehr ihr künstlerisches Eigeninteresse in den Vordergrund stellen), scheint sich doch eine Bewußtseins-Veränderung für die Probleme der Zeit angebahnt zu haben.

So wurden also 2 neue (bzw. alte Kulturvereinsmitglieder) Vorstandsmitglieder gewählt (Ulli und Karl-Otto), darüberhinaus wurde André erneut in seinem Amt bestätigt. (Kassaführung). Im Laufe der Wahlen gab es die unterschiedlichsten Reaktionen von Mitgliedern, so verließ "Happy Hanna", "Fritzi 1 und 2", "Kartoffelkind-Keller" die Wahlen demonstrativ, offenbar ließen die obigen personellen Veränderungen für sie nur noch "Flucht" als einzige Möglichkeit zu (natürlich haben sie auch zugleich ihre Mitgliedschaft aufgekündigt!).

So gaben also einzelne Mitglieder ihren "ach-so-geliebten Stamm-/Wohnzimmerplätze" auf!

Angesichts der neuen Impulse, die von Ulli und Karl-Otto ausgehen könnten, wobei sie sich mehr als Gruppe verstehen, die die einzelnen Montagssitzungen gezielt /inhaltlich vorbereiten wollen, wünschen und hoffen wir, daß sie auch eine stärkere Zusammenarbeit mit den Initiativen und den Bewohnern des Viertels praktisch anpacken.

Treffen: Montag, 18 Uhr im Kulturverein

Nicht jeder reagiert so:



auf unsere Zeitung!

Heißer Ferientip

OPEN-AIR

13. - 14. August '83

Das Jugendzentrum veranstaltet: vom 13.- 14. August 83 in Freiburg/Elbe auf dem Bassin ein Benefiz-Konzert zu Gunsten des Jugendzentrums.

Das Konzert beginnt am Samstag um 15 Uhr, am Sonntag um 10 Uhr und dauert an beiden Tagen bis ca. 23 Uhr.

Das Jugendzentrum ist 1980 auf Initiative vom Pastor, einiger Lehrer, der AWO und vieler Jugendlichen entstanden.

Finanziell stehen wir z.Zt. auf wackeligen Beinen, da wir von der Gemeinde im Jahr für den laufenden Betrieb nur 2.000.-DM bekommen. Darum haben sich die Freiburger Jugendliche entschlossen ein Open-Air-Festival zu veranstalten, weil

- in der Gegend kaum Musikgruppen auftreten,
- weil sie auch mal richtig Spaß haben wollen,
- der evtl. Überschuß dem Jugendzentrum zu gute kommen soll.

ALCATRAZ

FUNKY PIE

KOTTON BLUES

Frühstücken:

mit Öl,
Hardy +
den Cocowits

PANTHEATER

DE POLK

PAHALA

Tel. 0479/8762
Di/Do/SA/So/16-20

LETZTES SCHIFF

BEI HDW ?

"Wir müssen den Räubern das Handwerk legen",

so Pastor Timann Hachfeld (SPD) auf der Veranstaltung am 13.6.83 in der Schule Billrothstraße.

Denn die enormen Kosten, die auf Hamburg zu kommen, sofern die geplanten Entlassungen bei HDW in die Tat umgesetzt würden, bedeuten Belastungen für das Gemeinwesen. Von daher hätte die Entlassungswelle bei HDW Signalcharakter für die Unternehmer. Als Gegenmaßnahme müßte von Außen (durch die Bevölkerung) und von Innen (aus dem Betrieb "Druck gemacht werden").

Daß im Betrieb selbst schon ein gewisser Widerstand aufgebaut worden war, machte der Dia-Vortrag deutlich, den ein HDW-Kollege von der DKP zeigte. Chronologisch wies es nach wie über Fusionen und Schließungen (Deutsche Werft / keiherstieg) ein Schritt nach dem anderen in Richtung Abbau von Arbeitsplätzen getätigt wurde. Die Entlassungen bei HDW sind nur ein weiterer Schritt, so wird kaum ein Lehrling übernommen, über Entlassungen und Kurzarbeit. HDW seit 1960 (bei einem Stand von 21.500) bis heute 15.900 Arbeitsplätze vernichtet worden. Desweiteren soll der sog. produktive Teil, die Maschinenfabrik ausgegliedert werden. Was auch zu einer Spaltung unter den Kollegen beiträgt. Die Privatisierung der Kantine, wo zur Zeit noch 3.000 Kollegen essen, der Abbau von Sozialleistungen (Workbusse) machen deutlich, daß die Arbeiter unter verschärften Bedingungen ihren Kampf durchführen.

Allzu parlaments-gläubig schien auf der Veranstaltung der BR. Holger Mahler, der von Gesprächen mit B. Engholm (SPD) zu berichten wußte, aber offenbar dennoch von ihm enttäuscht wurde.

Als besonders belastend schilderte er die Situation für diejenigen Kollegen, die schon seit langem von der Kurzarbeit und den Streiktagen im Frühjahr betroffen sind. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß die IG-Metall keinerlei Streikgeld zahlte, sondern offenbar eher bereit ist für den "Neue Heimat-Skandal" 50 Millionen auf den Tisch zu legen."

Zahlen, die im Rahmen eines Gegengutachtens auf der Bremer Werftarbeiterkonferenz am 11./12.6.83 veröffentlicht wurden, zeigen auf, daß die Entlassungen bei HDW Folgekosten von mindestens 800 Millionen DM verursachen.

Die Initiative der HDW/ MAN-Frauen reichte den Anwesenden vor, was es bedeuten würde, wenn eine 3-köpfige Familie mit einem Arbeitslosengeld von ca. 1.300.-DM netto auskommen muß. So blieben bei DM 854.- (feste Kosten wie Miete/Strom und Gas)

Thea Rann (DPD/Altona) machte in ihrem Beitrag deutlich, daß angestrebt sei, die Betriebe zu verstaatlichen, allerdings unter demokratischer Kontrolle

Offenbar hat Thea bei ihrem Beitrag nicht bedacht, daß auch im 'realen Sozialismus a la DDR' (Sowjetunion) -trotz Verstaatlichung, die demokratische Kontrolle steht auch dort in weiter Ferne- nicht alles planmäßig verläuft. Man kennt dort offenbar keine Umwelt- bzw Arbeitsschutzbestimmungen, zumal HDW von dort einen Arbeitsauftrag mit ASBEST bekam, so lt. Auskunft des BR. Holger Mahler.



Ein Schritt in Richtung breitere Solidarität ?

Ebenso problematisch ist die politische Haltung der IG-Metall, die die sog. "Sozialpläne" unterstützt. Von der SPD war nur zu hören, daß Vorschläge zur "Umschulung" bestünden, die Kollegen von HDW sollen offenbar im "öffentlichen Dienst der Stadt Hamburg eingesetzt werden". Holger Mahler war aber nicht nur über Politiker und IG-Metall enttäuscht, auch die angestrebte Linienung sei nicht in Sicht. So wies er die anwesenden Altonaer doch auf die Möglichkeit hin, daß die Kollegen von HDW sich "im Laufe der nächsten Wochen hitzefrei nehmen könnten, zumal der Herbst auch noch seine warmen Tage habe".

und über einen kleinen Betrag für Kleidung/Zeitung/Buch etc. nur die Summe von DM 98.- zum Lebensunterhalt übrig. Empört sind die Frauen auch darüber, daß ihre Männer und Freunde über den Asbest-Auftrag (United States) körperlich verheizt werden, zumal die Folgen (Asbestose) nicht nur für sie, sondern auch für die Familienmitglieder schwerwiegende Schäden nach sich ziehen. Der SPD-Vertreter Leo Haje entblödete sich nicht nur insoweit, als daß er die Schuld für die Krise bei HDW auf Bund und Land verschob, sondern meinte erst seit den 6. März 83 ja so schrecklich sei !

Der Vertreter der GAL meinte, man solle nicht nach Händen greifen, die "nur leere Handschuhe an hätten", sondern daß es sicherlich sinnvoller sei die Bevölkerung Altonas in ihrer Kraft und Stärke zu nutzen. Er regte an, daß beispielsweise ein Stadtteil lahmgelegt werden könnte (a la Ottenser Schleichwoche).

Allerdings kam es über die umlaufende Münze für Solidaritätsspenden nicht hinaus, so daß die Frage offen blieb, wie nun die weitere praktische Solidarität für im Kampf mit den HDW und MAN-Kollegen aussehen soll.

marie

Gutachten der Bremer Professoren weist immense Folgekosten bei Entlassungen von 9.000 Werftarbeitern im Norddeutschen Raum nach:

1. Einkommensausfall für jeden der meisten Kollegen erhalten lediglich 55% vom Netto-Einkommen, denn Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und sonstige Leistungen werden nicht mit einbezogen, das Losengeld kann nicht die Rede sein.

2. Die Kosten für die betroffenen Industriezweige wie AMW-Schiffbau, Roske Kaeser etc. hätten nochmal mit ca. 18.000 Arbeitslosen zu rechnen. Darüberhinaus würde natürlich auch die Kaufkraft der genannten Personenkreise sinken, was Folgen für Einzelhandel, Autoindustrie, Konsumgüter etc. hätte.

3. Kosten von den zu erwartenden ca. 50.000 Arbeitslosen im Norddeutschen Raum, knapp gerechnet von einer Nachfrageausfall von 500 Millionen DM auszugehen werden.

Die Kosten für einen Arbeitslosen belaufen sich pro Jahr auf ca. 25.000.- DM (Bundesamt für Arbeit). Dies hieße für den Küstenraum 750 Millionen DM. Sofern ein Werftarbeiter unter den Sozialhilfesatz fällt, kann mit einem Mehraufwand von 50 Millionen gerechnet werden.

Last not least käme man bei diesen

Berechnungen auf die Summe von 800 Millionen Deutsche Mark bei Entlassungen von 9.000 Werftarbeitern.

Anlaß genug darüber nachzudenken, ob mit diesem Geld Ansätze für alternative Produktion nicht unterstützenswerter wären !

Auf Dauer läuft wir Frauen-Polizei!



Aktion der HDW- und MAN-Frauen vor dem Werkstor!

In der nächsten Ausgabe folgt ein Gespräch mit Ursel Haffke, die uns über die Arbeit der HDW- und MAN-Frauen-Initiative berichten wird. Wer Interesse hat, kann sich bei Ursel erkundigen. T. 439.05.81

Morgens um 6.30 standen die HDW-MAN-Frauen vor dem Werkstor von MAN am Rossweg. In diesem Morgen lief die letzte MAN-Betriebsversammlung zu den geplanten 478 Entlassungen, angesichts der Pläne der Unternehmensleitung haben sich die betroffenen Frauen zusammen geschlossen. Für sie bedeutet die Arbeitslosigkeit der Männer

- eine erhebliche finanzielle Einbuße, denn wovon sollen sie die Miete bezahlen, wovon die Klamotten der Kinder?

- wurden sie mit ihren Familien ins soziale Abseits geschoben?
- jeder heute vernichtete Arbeitsplatz bedeutet morgen einen Ausbildungsplatz weniger für unsere Kinder.

In ihrer Solidaritätserklärung, die sie am Morgen der Aktion dem Betriebsrat übergaben, stellen sie diese Fragen und fordern den Erhalt der Arbeitsplätze bei HDW und MAN, zumal der Betriebsrat und der Vertrauensleutekörper bei MAN einen Weg aufgezeigt hat, wie man die Arbeitsplätze erhalten könnte:

- Vorschläge für Alternativ-Produktion,
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich
- Rücknahmen von Lizenzverträgen und Fertigung in eigenen Werkstätten, wie hier in Hamburg

Weiter heißt es in ihrer Solidaritätserklärung, daß sie die Mitarbeiter von MAN und die IG-Metall auffordern sich auf ihre Stärke zu besinnen und einheitliche Aktionen gegen jede Arbeitsplatzvernichtung durchzuführen

Für die Initiative U. Haffke

AUSGANGSSPERRE

AUSGANGSSPERRE FÜR FRAUEN?

Bereits seit über einem Jahr fotografiert die Polizei mit versteckten Kameras die Straßen St. Georgs. Sie will so Frauen der Prostitution überführen, sie in Gewahrsam (auf die Wache) nehmen und Bußgelder von ihnen einreiben. Diese Polizeimaßnahmen werden aber keinen Freier davon abhalten, nach einer Prostituierten zu suchen, werden keine Frauen vor Belästigungen schützen und den Straßenlärm nicht ruhiger machen. Denn das Anliegen der Polizei, der Grund für ihre Präsenz und ihr heimliches Fotografieren ist ja nicht, Frauen zu beschützen, sondern einzelne von uns herauszugreifen und als Prostituierte zu verfolgen. Die Polizei sucht an uns Frauen sogenanntes "prostituiertes Verhalten". Was ist darunter zu verstehen?

Im Leitsatz der Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm vom 11.4.1975 heißt es dazu:

"Der Prostitution im Sinne des § 184a StGB geht bereits nach, wer sich innerhalb des Sperrbezirks zum Geschlechtsverkehr gegen

Entgelt anbietet. Ein solches Anbieten liegt schon beim Herumstehen oder Herumgehen oder Herumfahren mit einem Auto vor."

Es gibt nun Bestrebungen, so eine Rechtsauffassung auch für Hamburg einzuführen. Da das gesamte Gebiet außerhalb St. Pauli Sperrbezirk ist, bedeutet so eine Rechtsprechung für alle Frauen:

Wir machen uns verdächtig, wenn wir:

- einkaufen gehen
- auf ein Taxi warten
- mit einer Nachbarin auf einer Straße klönen
- allein ins Kino oder in eine Kneipe gehen
- allein (in einer lauen Sommernacht) spazieren gehen- oder fahren
- oder gar einen Mann nach der Uhrzeit fragen.

In all den Fällen liegt also nach dieser Rechtsauslegung ein "Anbieten zum Geschlechtsverkehr gegen Entgelt" vor! Keine Frau kann dann ohne männliche Begleitung auf die Straße gehen. Der Polizei eine Freikarte für die Überwachung eines Viertels zu geben, die Straßen zu "säubern" heißt, daß jede von uns auf die Wache mitgenommen, angezeigt werden kann ... wegen sogenanntem "prostituiertem Verhalten"!

AUSGANGSSPERRE FÜR FRAUEN?

Falls Sie glauben, das alles betrifft Sie nicht, hier ein Beispiel:

- eine Sozialarbeiterin, die auf der Straße auf ihr bestelltes Taxi wartete, wurde auf die Polizeiwache mitgenommen, dort als Prostituierte registriert und zwangsuntersucht. Es war erst ein Prozeß nötig, um den Eintrag in der Registratur zu löschen.

Wir brauchen uns wohl nichts vorzumachen: Obwohl zwischen uns Frauen tiefe Gräben gezogen werden, zwischen der sogenannten "emanzipierten" Berufsfrau, der "Nur"-Hausfrau, der Mutter, der "anständigen" und "unanständigen" Frau obwohl wir vielleicht sogar Angst voreinander haben, so sind wir doch gemeinsam bedroht.

Frauen werden leider in allen Stadtteilen, gerade auch solchen ohne Straßenprostitution, belästigt. Und natürlich haben wie alle anderen - jedes Recht, sich über Annahmen von Männern zu beschweren und Schutz zu fordern. Je mehr Frauen auf der Straße sind, desto eher können wir uns selbst und gegenseitig unterstützen. Daher ist im Gegenteil von Frauen auf der Straße ein Schutz für alle Frauen.



WIR FORDERN:
DAS DIE RECHTSPRECHUNG DES OLG IN HAMM NICHT ANGEWANDT UND GENERELL AUFGEHOBEN WIRD!
KEINE EINSCHRÄNKUNG DER PERSONLICHEN FREIHEIT DURCH POLIZEIÜBERWACHUNG!

Kampagne Lohn für Hausarbeit-
Hamburg

BTX / Verkabelung

Was ist BTX ?

Bildschirmtext ist ein neuer Kommunikations- und Informationsdienst der Post. Die bundesweite Einführung soll im Frühjahr 1984 beginnen. Um BTX nutzen zu können, braucht der Teilnehmer einen Fernsehempfänger mit einem Zusatzgerät (decoder). Weiter ist ein Modem notwendig, das die Anpassung des Fernsehempfängers an das Telefonnetz sicherstellt. Mit Hilfe des Telefons stellt der Teilnehmer die Verbindung zu der BTX-Zentrale her. Das ist ein Zentralcomputer, der alle Informationen speichert. Über BTX wird angeboten:

- Meldungen und Berichte aus Zeitungen, Wirtschaft, Sport und Politik
- Behördeninformationen
- Reiseinformationen, auch Buchungen und Zimmernachweise
- Bestellungen aus großen Kaufhäusern und Versanden.
- Kontoüberweisungen, Abbuchungen und der genaue Kontostand des Teilnehmers bei der Bank.

Anderen BTX-Teilnehmern kann folgendes übermittelt werden:

- Elektronische Post: Briefe, Glückwünsche
- Schulen und Universitäten können Lernprogramme, Kurse und Fernunterricht anbieten. Firmen können über BTX ihre Buchführung abwickeln.

In den Computern der Post werden alle Informationen und Vorgänge gespeichert. Egal um welche Art es sich handelt - um Abbuchungen, Bestellungen. Es können also an den Zentralen viele Informationen über einzelne Teilnehmer gesammelt werden. Wer welche Zeitung sich über BTX bestellt hat, wer wohin gereist ist, wieviel einer von seinem Konto abgehoben hat... Die Privatsphäre des Bürgers wird total einsichtig gemacht. Eine totale Kontrolle wird möglich. Und schon heute sieht man, daß Datenschutz nur ein Wort auf dem Papier ist. Von jedem Bürger kann ein Persönlichkeitsbild erstellt werden.

Das Märchen von den Arbeitsplätzen
Die Installation und Kabelverlegung soll vorübergehend 30.000 Arbeitsplätze schaffen. Allerdings wird verschwiegen: Sind die neuen Medien erst einmal eingeführt, läuft vieles voll automatisch. Es werden dann Computer gebraucht und keine Menschen. So werden in den nächsten 15 Jahren mindestens 50% aller Arbeitsplätze davon betroffen sein. Das heißt eine immense Zahl von Arbeitslosen im Bereich der Dienstleistung fallen weg. Klar, denn man braucht nicht mehr ins Geschäft um einzukaufen, auch nicht mehr zur Bank, um Geld abzuheben, also auch keine Angestellten mehr, die diese Tätigkeiten vorher gemacht haben. Dazu kommt die Isolierung des Einzelnen. Mag es auf den ersten Blick schön bequem sein, nicht mehr einkaufen zu müssen, so findet dann der Kontakt zu Nachbarn noch weniger statt als jetzt schon.

Verkabelung

Unter Verkabelung versteht man die Verbindung einzelner Haushalte mit zentralen Verstärker oder Empfangsstellen per Breitbandkabel. Jede Kommunikation der einzelnen Teilnehmer läuft also über die Computer der Zentralstelle. Dort werden alle Kommunikationsvorgänge registriert und gespeichert.

Zur Zeit wird in der BRD noch mit dem Kupferkabel verkabelt. Also laufen das Kabelfernsehen und BTX noch eine Weile auf getrennten Netzen. BTX kann noch über die herkömmlichen Telefonkabel laufen. Das Kabelfernsehen wird so angepriesen, daß dadurch mehr Programme und die störungsfreier angeboten werden können. Die Rundfunk und Fernsehprogramme werden dann nicht mehr "durch die Luft", sprich über eine Antenne sondern über ein Kabelnetz zu dem Empfänger transportiert werden. In einigen Jahren sollen die Glasfaserkabel dann einsatzbereit sein. Über das Glasfasernetz sollen dann alle Arten der Kommunikation laufen: Fernsehen, Telefongespräche, Fernschreiben, Computerdaten. BTX wird dann dem "Kabeltext" weichen, bzw. dem "Zweizeig-Kabelfernsehen". Jeder Teilnehmer kann dann nicht nur über den Rückkanal mit der Zentrale sich in Verbindung setzen, sondern mit den Anbietern direkt. Es wird ein automatischer Austausch aller Computer der einzelnen Zentralen möglich sein.

Was ist Glasfaser?

Eine einzelne Glasfaser ist feiner als ein Haar. Sie kann gleichzeitig 60 Fernsehprogramme oder 30.000 Telefongespräche weiterleiten. Viele Glasfasern werden zu einem Strang zusammengefaßt. Für die Übertragung müssen alle Informationen in Zahlenreihen "übersetzt" werden und diese werden dann durch Laserlicht gesendet. Zudem können sie gleichzeitig in beide Richtungen geführt werden. Die Glasfaserleitung ist abhörsicher da Laserlicht kein elektromagnetisches Feld um sich herum aufbaut. Weil die Leitung nicht aus Metall ist und die Informationen nicht als elektromagnetische Welle transportiert werden, sind sie gegen andere elektromagnetische Wellen (Störsender, Blitze) störungssicher. Dies gilt auch für den bei einer Atombombenexplosion auftretenden elektromagnetischen Impuls. Bei einer Atombombenexplosion würden alle Kommunikations- und Nachrichtensender zusammenbrechen. Das ist der sogenannte "emp-Effekt". So gesehen klingt es doch alles sehr vorteilhaft. Die Leitungen sind abhörsicher allerdings nur für "Außenstehende". Da alles über Computer läuft und der Austausch zwischen ihnen möglich gemacht werden soll, ist natürlich ein leichtes, alle Daten von jedem einzelnen Teilnehmer zu kontrollieren.

Die Geschichte der

Glasfaserkabel:

Seit 1971 arbeitet die Nato am "integrierten Nato-Kommunikationssystem", mit dem die Nato-Hauptquartiere die einzelnen Verteidigungsministerien und die "politischen Behörden" untereinander verbunden werden sollen. Über das Netz sollte alle Arten der Kommunikation laufen. Es soll aus zwei verschiedenen Arten von Verbindungen bestehen: Richtfunk, Satellitenverbindungen und Glasfaser.

1977 informierte die USA die Verbündeten auf Nato-Ebene über das Phänomen des "Emp-Effektes" und legen zugleich einen Forderungskatalog vor, der 1978 Eingang findet in das Langzeitprogramm der Nato, in der Rubrik "Verbesserung des Fernmeldewesens".

Seit 1981 gibt es in der BRD 7 Städte als Pilotprojekte: Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Nürnberg, Stuttgart, Hannover und München.

Ab 1985 soll das Kabelnetz bundesweit ausgebaut werden, 1990 soll es nach den Vorstellungen des Nato-Langzeitprogramms abgeschlossen sein.

Was uns also als eine Bereicherung der Programmmöglichkeiten gepriesen wird, ist nichts weiter als ein Produkt von militärischen Forschungen und Programmen. Es geht hierbei nicht darum, daß wir im Falle einer Atombombenexplosion weiter Fernsehen können, sondern erstmal darum, daß die militärischen Kommunikationswege nicht zusammenbrechen.

Unter Widerstand

Warum wir meinen, daß es wichtig ist, etwas gegen die Verkabelung und die Einführung von BTX zu machen:

- 1) Wie oben beschrieben werden unheimlich viele Arbeitsplätze wegrationalisiert.
- 2) Es wird eine totale Überwachung der Teilnehmer möglich.
- 3) Die Einführung von Glasfasern nach dem Natokonzept ist ein Teil der immer mehr zunehmenden Aufrüstung. Die Kabel sollen dem Militär ermöglichen ihre Verbindungen im Falle eines Atomkrieges aufrecht zu erhalten. Neben den Stationierungen der Mittelstreckenraketen ist dies ein weiterer Schritt der Nato einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion führbar und gewinnbar zu machen.

Wir denken uns, daß es noch möglich sein kann, die Verkabelung zu verhindern. Noch sind sie darauf angewiesen, daß sie die Teilnehmer dafür werben, sich alle Zusatzgeräte anzuschaffen, die für BTX und Kabelfernsehen notwendig sind. Noch muß jeder Vermieter sich vorher bereit erklären, sich verkabeln zu lassen. Ohne seine Einwilligung geschieht nichts. Es muß also erst ein bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung gewonnen werden, bis sie von sich aus die alten Systeme für abgeschafft erklären. Es ist deshalb notwendig, sich über den ganzen Umfang und Zusammenhang der neuen Medien zu informieren.

Viel Text, wenig Kabel

Wir treffen uns jeden Dienstag im Kinderzentrum, Bartelstr. 7, jeweils um 20 Uhr.

Seite - 15 -

Termine - Kurzmeldungen

Veranstaltungsprogramm der Literaturpost

Sonnabend 2.7., 20 Uhr
"Jerry Cotton und ich"
Männerschicksale
Leserlesung von Mario Kelle

Sonnabend 9.7., 20 Uhr
"Unheimliche Begegnung mit der eigenen Art"
Lesung der Uni-Schreibwerkstatt

Sonnabend 16.7., 20 Uhr
Geschichte einer Stadtzerstörung
Lesung mit Autor/innen aus Berlin und Kiel

Sonnabend 23.7., 20 Uhr
"Ich bin 60 geworden"
Gedichtlesung von Heike Böning aus 341 Northheim Gesundbrunnen

Sonnabend 30.7., 20 Uhr+
"1940 RAUS...1976 zurück."
Lyrik, Prosa Lesung von Magdalena Marcuse

Programm im August

Sonnabend 6.8., 20 Uhr
"Kleist und ich"
Leserinnenlesung von Irmgard Matthesen

Sonnabend 13.8., 20 Uhr
"Rundumlesung zum Thema Arbeitslosigkeit mit Vertretern aus Arbeitsloseninitis."

Sonnabend 20.8., 20 Uhr
Lesung siehe Literaturplakat

Sonnabend 27.8., 20 Uhr
Lesung siehe Literaturplakat.

Neues aus der Kneipenszene:
"Lindeneck" hat wieder auf!
"Weiches Wasser" hat immer noch dicht.
"Taverna to Frourio", da sollen mal mehr hingehen, sonst kann sich der Laden nicht mehr lange halten.

Bei schönem Wetter sollen sich nachts viele Leute im nicht geöffneten Kaifu zum Baden und so aufhalten.
Eintritt frei!

Bei ähnlicher Wetterlage unser Tip: Jeden Abend um 22 Uhr Wasserlichtspiele in "Planten un Blomen". Bei flockiger Musik geht das Ding gut ab.

Im letzten Berichtszeitraum (Monat Juni) sind im Schanzenviertel 17 Katzen entlaufen. Laut Polizeibericht sind das 29% mehr als im Vorjahr! Wo soll das noch hinführen?

Der Bauspielplatz ist jetzt von Montag bis Freitag jeweils von 14-18 Uhr geöffnet!

Tja, und dann gib's da ein Redaktionsmitglied, der will, weil er Kohle braucht, eine Märklin-Modelleisenbahn-Anlage verschauern. Bei Interesse melden bei Peter, tagsüber 430 08 88

Über den Aus/Umbau der Schanzstraße können wir derzeit nichts Näheres bringen, da sich die Behörde weigert, uns die Pläne auszuhändigen.
Motto: Bürgernähe.

← wichtig

Gibt es im Schanzenviertel eine/n Informatik-Studentin/en? Sie/er soll mich auf der Stelle - am besten sofort - anrufen !!
Eilt! Petra, 4300314



KINDERINITIATIVEN

Alleinerziehende Väter und Mütter
c/o Helga Suppa u. Ursula Koch
Tel. 43 42 72

Freies Kinder- und Stadtteilzentrum Tel. 439 68 32
Bartelstr. 7, 2 Hbg. 6 (14-18 Uhr)

Initiative "Bauspielplatz im Schanzenviertel e.V."
c/o ASP-Büro Tel. 43 42 72
Altonaerstr. 34, 2 Hbg. 6
Helmut Meyer 43 28 19

KinderGlück e.V.
c/o Johanna Michaelis
Beckstr. 4, 2 Hbg. 6/439 35 15

Kindergruppe im AWO-Stadtteilladen
Vereinsstr. 30/439 22 34

Kinderwohnhaus Sternschanze
c/o Axel Reinke Tel. 43 76 44
Schanzenstr. 16-18, 2 Hbg. 6

Kinderhaus Heinrichstr. e.V.
Heinrichstr. 14a
Tel. 43 39 49

Kinderstube Altona e.V.
Bartelstr. 65, 2 Hbg. 6
Tel. 43 68 55

Kinderladen Belle e.V.
Belleallianenstr. 47, 2 Hbg. 19
Tel. 439 46 36

Initiative Kindertagesstättenplätze e.V. Eimsbüttel
c/o Dagmar Bernhard
Agathenstr. 2a, 2 Hbg. 19
Tel. 410 48 71

Kindergruppe des Portugiesischen Freizeit-
zentrums e.V. 439 93 44
Heinrichstr. 14, HH 50

EIN HAUS FÜR ALLE!

"Internationales Stadtteilzentrum im Schanzenviertel e.V."
c/o Hartmut Hornung 40 08 49.
W. Mecke Kampstr. 9 HH 6/439 51 48
Treff: Fr 20 Uhr Kinderzentrum

MIETER, FRIEDEN, VOLK

Mieter helfen Mietern
Bartelsstr. 30/II, HH 6
Mieterberatung dort
Mi + Do 17.30-19.30/ 439 55 05

Mieterinitiative Schanzenviertel
c/o Thomas Breckner
Weidenallee 45, 2 Hbg. 6
Tel. 43 43 23

Mieterinitiative Schulterblatt
c/o Peter Haß
Schanzenstr. 59, 2 Hbg. 6
Tel. 430 08 88

Verkehrsberuhigung Weidenallee
c/o Monika Kober u. Rüdiger Strey
Weidenallee 49
Tel. 439 138

Friedensinitiative Schanzenviertel
c/o Hans-Peter Rudl
Vereinsstr. 36, 2 Hbg. 6
Tel. 43 36 98

Initiative gegen Computer-
u. Überwachungsstaat
jeden Dienstag 20.00 Uhr
Kinderzentrum, Bartelsstr. 7

DKP Schanzenviertel
Jürgen Schneider
Schulterblatt 129, HH 6
Tel. 439 57 00

ALTENSELBSTHILFE

Die Grauen Panther
Ölkersallee 39, HH 50
439 49 48 (14-19 Uhr)

AUSLÄNDISCHE GRUPPEN

Verein der Demokraten aus der Türkei e.V. (DİDF)
Langenfelder Str. 16, HH 50
439 09 28 (abends)

Türkische Arbeitervereinigung f. Frieden u. Einigkeit e.V.
Vereinsstr. 26, HH 6
43 47 53 (abends)

Arbeiterverein Kurdistans e.V.
Vereinsstr. 48 HH 6
43 77 93 (Mi. abends)

Arbeitskreis Ausländerpolitik in Eimsbüttel c/o Karin Püst 490 40 78 Treffen: Mo, 9.5. alle 2 Wochen 19 Uhr
Langenfeld Str. 16 (Keller)

Ausländer-Beratung (TÜRK DANIŞ) im AWO-Stadtteilladen fragen!
Vereinsstr. 30/ 439 22 34

UMWELT und KOPIEN

Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU)
Bartelsstr. 26, 2 Hbg. 6
Tel. 439 86 71 (nachmittags)

ZEITUNG

Redaktion der Stadtteilzeitung "Schanzenleben"
Belleallianenstr. 36 A
2 Hbg. 6 / 439.25.55
Redaktionssitzung jeden Mittwoch ab 19 Uhr

FRAUEN

Frauenkultur-Zentrum im Schanzenviertel
Bartelstr. 26, 2 Hbg. 6
Tel. 43 21 71

Frauenbildungszentrum
Juliusstr. 16
2 HH 50 / T. 4397852

Gesprächskreis für Frauen im Schanzenviertel
c/o Anette Hecher
Margarethenstr. 56, 2 Hbg. 6
Tel. 439 78 52

KULTUR und BILDUNG

Wandmal-Gruppe Bauspielplatz Altonaerstr. c/o Lou 43.64.86
Plakatgruppe Eifflerstr. 1
tägl. in den Räumen der:

Freie Kunstschule Eifflerstr. Eifflerstr. 1/HH 50

Kulturverein Schanzenviertel: Kulturkneipe Margarethenstr.
T. 43.57.11.

Literaturpostamt
Lindenallee 40 2 HH 6
Tel. 43 59 26

Verband Hamburger Erwachsenenbildung
Fruchtallee 7, 2 HH 19
Tel. 439 28 82

ARBEITSLOSE

Arbeitslosen-Zentrum
Lindenallee 31 (Lindenkrug)
Treffen Mo ab 17 Uhr

letzte Seite: 16.